



11.01.1923

11. Januar: Beginn der „Ruhrbesetzung“

Ein wesentlicher Bestandteil des Friedensvertrags von Versailles ist Artikel 231, der Deutschland die Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs zuspricht. Dieser Artikel 231 ist Grundlage wie Voraussetzung für die überaus hohen Reparationsforderungen, welche die Siegermächte in Versailles an die junge, wirtschaftlich und politisch äußerst instabile ‚Weimarer Republik‘ stellen. Die wirtschaftlichen Mittel, den Forderungen nachzukommen, werden Deutschland jedoch bereits zum Teil durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages genommen, indem z.B. das kohlereiche Saargebiet unter Verwaltung des Völkerbunds gestellt und die deutsche Handelsflotte verkleinert wird. Hellsichtige Zeitgenossen, wie der später berühmte Ökonom John Maynard Keynes, 1919 Berater der britischen Delegation in Versailles, warnen vergeblich davor, das Deutsche Reich wirtschaftlich zu sehr zu schwächen und so dem politischen Radikalismus in die Arme zu treiben. Insbesondere die französische Verhandlungsseite beharrt in Versailles aber nicht nur auf Wiedergutmachung der in Frankreich entstandenen Schäden, sondern auch auf Rache am „Feind“ jenseits des Rheins. Der Vertrag von Versailles bestimmt weiterhin, dass die deutschen Gebiete westlich des Rheins sowie einige Brückenköpfe bis zur Erfüllung der Forderungen für 15 Jahre besetzt bleiben sollen.



Im März 1921 besetzen französische und belgische Truppen die rheinischen Städte Düsseldorf und Duisburg. Von hier aus können sie in das Industriegebiet an Rhein und Ruhr einmarschieren, sollte das Deutsche Reich mit seinen Reparationszahlungen in Rückstand geraten. Das Ruhrgebiet ist mit seinen Kohlegruben und Stahlwerken das industrielle Herz Deutschlands. 1921 sprechen die Alliierten auch die eindeutige Warnung aus, das Ruhrgebiet beim Ausbleiben von Zahlungen als Pfand besetzen zu wollen. 1922 gerät das Reich dann tatsächlich in Zahlungsschwierigkeiten, kann aber glaubhaft darlegen, dass die sich verschärfende Währungs-inflation dafür Ursache sei. Die Alliierten verzichten daraufhin auf Geldzahlungen und fordern nun Sachleistungen wie Kohle oder Telegraphenmasten. Doch 1923 kann das Reich auch diese Leistungen nicht mehr vollständig erbringen. Die Alliierten unterstellen dem Reich Absicht und nun marschieren 60 000 belgische und französische Soldaten, allerdings gegen den Willen Großbritanniens, in das Ruhrgebiet ein. Sie besetzen Fabriken und Kohlegruben. Unter militärischer Bedeckung wird nun deutsche Kohle mit Zügen nach Belgien und Frankreich gefahren. Die Zivilbevölkerung im Ruhrgebiet wird von den belgischen und französischen Besatzern mit demütigenden Regeln und anmaßendem Verhalten in Wut gebracht. So müssen deutsche Zivilisten jeden



Alters alliierte Soldaten auf der Straße grüßen und so einen durch Waffengewalt erzwungenen Respekt erweisen. Unter den Besatzern befanden sich auch circa 20 000 farbige Soldaten der französischen Kolonialtruppen, was viele Deutsche als zusätzlichen Affront empfanden. Diese vermeintliche „schwarze Schmach“ gegen ihre „Kulturnation“ verbittert viele Deutsche zusätzlich.



Die Reaktion in Deutschland ist ein empörter Aufschrei. Nach der noch von vielen unverarbeiteten Niederlage im Ersten Weltkrieg empfinden fast alle Deutschen die Ruhrbesetzung als weiteren Schlag gegen die nationale Ehre. Die Reichsregierung in Berlin, geführt vom parteilosen Kanzler Wilhelm Cuno, ruft die Bevölkerung im Ruhrgebiet zum passiven Widerstand und zum Ruhrkampf auf. Daraufhin treten zehntausende Gruben- und Stahlarbeiter in den Streik. Auch Eisen- und Straßenbahnen sowie Ämter werden bestreikt. Jede Zusammenarbeit mit den Besatzern soll verweigert werden. Die Besatzer reagieren mit harten Maßnahmen und entsenden weitere 40 000 Mann ins Ruhrgebiet. 150 000 Personen, darunter viele Beamte, werden mit ihren Familien aus dem Ruhrgebiet ins unbesetzte Reich verbracht. Alle verfügbaren öffentlichen Kassen werden beschlagnahmt, streikende Arbeiter in Haft genommen. Bei Demonstrationen wird scharf geschossen. Am Ende des Ruhrkampfs sind 137 Deutsche ums Leben gekommen. Allein beim „Essener Blutsamstag“ am 31. März 1923 werden 13 Männer bei einem Aufruhr erschossen. Doch auch Deutsche verüben Gewalt- und Sabotageakte. So sterben bei einem Sprengstoffattentat auf einen belgischen Truppentransport neun Soldaten.

Der Produktionsausfall durch die Streiks und die Lohnersatzleistungen, welche die Reichsregierung den Streikenden zahlt, erschöpfen jedoch zusehend die Wirtschaftskraft des Reichs und führen die Währungsinflation in absurde Höhen. Die Reichsbank muss immer mehr Geld drucken, um noch ihren Staatsausgaben nachkommen zu können. Am 2. Dezember 1923 kostet schließlich ein Kilo Kartoffeln 90 Milliarden Mark; im Juni 1923 kostete es noch „nur“ 5000 Mark. Mit Schubkarren voller Geld müssen viele Menschen täglich losziehen, um alltägliche Einkäufe erledigen zu können. Um diese katastrophale Hyperinflation zu beenden, befiehlt der neue deutsche Reichskanzler Gustav Stresemann von der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) im September den Abbruch des Ruhrkampfs. Die Reaktion auf den Abbruch sind wütende Reaktionen politischer Extremisten von links und rechts. Im ganzen Reich kommt es zu Protesten. Die Inflation wird im Folgenden mit einer Währungsreform und der Einführung der Reichsmark erfolgreich bekämpft. Am Ende muss das Deutsche Reich noch die Kosten der Ruhrbesetzung tragen und sich verpflichten, nun alle Reparationen pünktlich zu leisten. Letztlich wird das Deutsche Reich aber durch spätere Umschuldungen und Teilerlasse nur einen Bruchteil der in Versailles vereinbarten Summen bezahlen müssen. Das ohnehin belastete Verhältnis zwischen den Menschen in Deutschland und jenen in Belgien und Frankreich ist durch die Ruhrbesetzung nun aber völlig vergiftet.

Im kollektiven Gedächtnis der Deutschen sind Ruhrbesetzung und Hyperinflation bis heute als traumatische Ereignisse präsent. Die Ablehnung der demütigenden Besetzung eint die deutschen Zeitgenossen aller Klassen und aller politischen Lager. Doch insbesondere für die Parteien der extremen Rechten bilden die Ereignisse eine perfekte argumentative Vorlage und Anlass zur Mythenbildung. So kann z.B. Albert Leo Schlageter, Mitglied eines rechten Freikorps und wegen aktiver Sabotage von den Besatzern im Mai 1923 hingerichteter Nationalsozialist, nach 1933 erfolgreich zu einem deutschen

„Volkshelden“ stilisiert werden. Im Zweiten Weltkrieg kann Hitler auch erfolgreich die Erinnerung an den Ruhrkampf instrumentalisieren, um 1940 den Krieg gegen Frankreich und Belgien zu begründen.



Prof. Dr. Tobias Arand



References:

Literaturhinweise:

Fischer, Conan: The Ruhr Crisis. Oxford, New York 2003

Keynes, John Maynard: Der Friedensvertrag von Versailles. Berlin 1921

Krumeich, Gerd; Schröder, Joachim (Hrsg.): Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923. Essen 2004